

# Dr. Andreas Schockenhoff

für den Wahlkreis Ravensburg im Deutschen Bundestag



## Berlin *aktuell*

Ausgabe Nr. 20/2011 • 25. November 2011

Thema der Woche

### Anforderungen der Schuldenbremse mehr als erfüllt

#### Abschluss der Haushaltsberatungen für das Jahr 2012

Der Bundestag hat den Haushalt 2012 in dieser Woche verabschiedet. Mit einer geplanten Kreditaufnahme in Höhe von 26,1 Milliarden Euro konnte die Neuverschuldung gegenüber dem Regierungsentwurf um weitere 1,1 Milliarden Euro abgesenkt werden. Damit wird die zulässige Grenze der Schuldenbremse um mehr als 14 Milliarden Euro unterschritten.

Mit dem beschlossenen Haushalt 2012 werden die Ausgaben stabil gehalten und Akzente in Zukunftsbereichen gesetzt. Gegenüber dem Regierungsentwurf werden deshalb die Mittel für Investitionen in die Infrastruktur um eine Milliarde Euro erhöht. Im Bereich Bildung und Forschung wird für 2012 mit knapp 13 Milliarden Euro eine Steigerung um mehr als elf Prozent gegenüber dem Vorjahr vorgenommen. Der ursprünglich im Regierungsentwurf Haushaltsansatz für die Städtebauförderung wird um 45 Millionen Euro aufgestockt.

Der Bundeshaushalt 2012 steht im Lichte der europäischen Verantwortung Deutschlands. Bereits in diesem Jahr kann die Drei-Prozent-Nettoneuverschuldungsgrenze wieder eingehalten und 2012 deutlich unterschritten werden. Überdies steuert Deutschland, entsprechend dem verschärften Stabilitäts- und Wachstumspakt, darauf hin, die 60-Prozent-Schuldenstandsmarke wieder einzuhalten. Damit zählt Deutschland mit der unionsgeführten Bundesregierung zu den haushaltspolitischen Vorbildern in Europa.

In der traditionellen Generalsausprache zum Bundeshaushalt 2012 am vergangenen Mittwoch bekräftigte Bundeskanzlerin Angela Merkel erneut ihren Willen, über Änderungen der europäischen Verträge eine bessere

Überwachung der Stabilitätsregeln für den Euro zu erreichen. Als Ursachen der Schuldenkrise in Europa nannte Merkel übermäßige Staatsverschuldung einzelner Mitgliedsländer, mangelnde Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich und grundlegende Mängel in der Konstruktion der Wirtschafts- und Währungsunion. Für die Bundeskanzlerin gehören Krisenbewältigung und Vorsorge für die Zukunft unmittelbar zusammen. Einen „goldenen Weg“ aus der Krise, also ohne Risiken, gebe es nicht. In der Staatsschuldenkrise sei auf den Märkten Vertrauen verloren gegangen. Dies könne mit Euro-Bonds – also gemeinsamen Anleihen der Mitgliedsländer – nicht zurückgewonnen werden, sagte die Kanzlerin.

Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder sprach von einer „Zeitenwende in Europa“, auf die die Bundeskanzlerin die richtigen Antworten gebe. Mit dem

Bundeshaushalt werde die Schuldenbremse des Grundgesetzes eingehalten, betonte Kauder. Dies sei der richtige Weg für Europa. „Bisher war Europa eine Antwort auf die Geschichte: Nie wieder Krieg! Jetzt wird Europa eine Antwort auf die Zukunft“.

Liebe Leserinnen und Leser,

die Haushaltswoche geht mit einem Paukenschlag zu Ende. Um den vielen Spekulationen und Gerüchten endlich ein Ende zu machen, hat Verkehrsminister Peter Ramsauer heute Vormittag im Bundestag beim Thema Südbahn Tatsachen geschaffen.

Unmissverständlich und öffentlich hat er formuliert: „Die Elektrifizierung der Südbahn kommt!“

Das ist das Ergebnis langjähriger, intensiver und harter Arbeit für das Projekt. Über dieses wichtige Zeichen – gerade auch vor der Volksabstimmung am Sonntag – freue ich mich persönlich sehr!

Herzlichst,

# Aus Plenum und Lobby

## Verlängerung von Mandaten der Bundeswehr

Die Bundesregierung hat in dieser Woche zwei Anträge zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias und bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA (Operation Active Endeavour/OAE) eingebracht. Bei der Operation Atalanta ist der Schutz für die Versorgung der somalischen Bevölkerung mit Lebensmitteln von zentraler Bedeutung, da die humanitäre Hilfe durch Lieferungen des Welternährungsprogramms überwiegend auf dem Seeweg erfolgt. Dieses Mandat wurde unverändert mit einer Obergrenze von 1.400 Soldatinnen und Soldaten bis zum 18. Dezember 2012 verlängert. Der militärische Auftrag der Operation Active Endeavour/OAE besteht darin, bestimmte Bereiche des Mittelmeeres zu überwachen und gleichzeitig zur Abschreckung und Bekämpfung terroristischer Aktivitäten Präsenz zu zeigen. Auch dieses Mandat wurde inhaltlich unverändert mit einer Obergrenze von 700 Soldatinnen und Soldaten verlängert.

### Gemeinsame Erklärung aller fünf Fraktionen gegen Extremismus

Der Bundestag hat am Dienstag eine Erklärung zur Mordserie der Neonazi-Bande aus Thüringen und zur Arbeit der Sicherheitsbehörden einstimmig angenommen. Erstmals war ein gemeinsamer Antrag von allen fünf im Bundestag vertretenen Fraktionen eingebracht worden – als starkes Zeichen gegen Extremismus, Rassismus und Unmenschlichkeit. Der Bundestag stehe für ein „Land, in dem Freiheit und Respekt, Vielfalt und Weltoffenheit lebendig sind“, heißt es darin.

Die Abgeordneten brachten ihre Trauer um die Opfer und ihr Mitgefühl für die Angehörigen zum Ausdruck sowie ihre tiefste Beschämung darüber, dass eine rechtsextremistische Ideologie – nach den „ungeheuren Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes“ im vergangenen Jahrhundert – auch heutzutage noch „unvorstellbare Mordtaten“ hervorgebracht hat.

„Mit aller Konsequenz“ wird in dem Antrag eine zügige und umfassende Aufklärung der Mordtaten sowie eine „umfassende Fehleranalyse“ gefordert, auch was die Strukturen deutscher Sicherheitsbehörden betrifft. Politik und Gesellschaft müssten sich mit dem Rechtsextremismus auseinandersetzen und notwendige Konsequenzen ziehen – gegebenenfalls auch mit einem neuen Anlauf zu einem NPD-Verbot.

## Bundestag verurteilt einstimmig Neonazi-Morde

Im Namen aller Fraktionen hat Bundestagspräsident Norbert Lammert die „Trauer, Betroffenheit und Bestürzung“ der Abgeordneten über die erschreckende Serie von Morden und Anschlägen einer kriminellen neonazistischen Bande geäußert. Am Dienstag zeigte er sich im Bundestag beschämt, dass die Sicherheitsbehörden die „über Jahre hinweg geplanten und ausgeführten Verbrechen weder rechtzeitig aufdecken noch verhindern konnten“.

Ausdrücklich entschuldigte sich der Präsident für Verdächtigungen von Opfern und Angehörigen. Mit den Mitteln des Rechtsstaates müsse alles Mögliche getan werden, die Ereignisse und ihre Hintergründe aufzuklären. Der Schutz von Leib und Leben und die von unserer Verfassung garantierten Grundrechte hätten Geltung für jeden, der hier lebe, „mit welcher Herkunft, mit welchem Glauben und mit welcher Orientierung auch immer“, betonte der Bundestagspräsident.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich versprach die Verbrechen aufzuklären und die Schuldigen und ihre Helfershelfer zu bestrafen. Mit aller Kraft wolle er „den geistigen Sumpf austrocknen“, der diesen Taten zugrunde liege. Die Morde seien ein Angriff auf unsere freiheitliche Gesellschaft und unsere Demokratie. Für Extremismus und politische Gewalt dürfe in unserem Land kein Platz sein, sagte der Bundesinnenminister.

Friedrich kündigte die Einrichtung eines gemeinsamen Abwehrzentrums Rechtsextremismus (GAZ) an, in dem Bund und Länder zusammenarbeiten werden. Der Innenminister rief die Bundesländer auf, sich an diesem GAZ zu beteiligen.

Er selbst habe keinen Zweifel, dass es sich bei der NPD um eine verfassungsfeindliche Partei handle, erklärte Friedrich. Ein Verbot, wenn es denn erreichbar wäre, hielt der Innenminister für sinnvoll. Mit einem Verbot der rechtsextremen Partei würde zumindest verhindert, dass sie über die Parteienfinanzierung auch noch Geld vom Staat erhalte. "Gleichwohl ist es nicht einfach, ein solches Verbotungsverfahren erfolgreich durchzuführen", erläuterte der CSU-Politiker.

# Daten und Fakten

---

## Höchster Stand der Erwerbstätigkeit seit der Wiedervereinigung.

Im dritten Quartal 2011 ist die Zahl der Erwerbstätigen auf rund 41,2 Millionen gestiegen. Das waren 495.000 Personen oder 1,2% mehr als vor einem Jahr. Nach den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes stellt diese Zahl den höchsten Stand der Erwerbstätigkeit seit der Wiedervereinigung dar. Die größten Beschäftigungsgewinne im Vorjahresvergleich gab es weiterhin bei den Unternehmensdienstleistern mit einem Plus von 189.000 Menschen (+3,6%), gefolgt von Handel, Verkehr und Gastgewerbe mit zusammen +138.000 Erwerbstätigen (+1,5%). Demgegenüber war bei den öffentlichen Dienstleistern einschließlich Erziehung und Gesundheit – auch bedingt durch das Auslaufen der Wehrpflicht – im dritten Quartal im Vorjahresvergleich per Saldo ein leichter Rückgang der Erwerbstätigkeit um 10.000 Personen (–0,1%) zu verzeichnen.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

## Deutsche Wirtschaft ist weiterhin auf Wachstumskurs.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im dritten Vierteljahr 2011 preis-, saison- und kalenderbereinigt um 0,5% gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft setzte sich somit nach dem wachstumsstarken Jahresbeginn (+1,3% im ersten Quartal) weiter fort und nahm im Berichtsquartal wieder etwas mehr Fahrt auf. Zudem wurde das Ergebnis für das zweite Quartal 2011 nach oben, auf nun +0,3%, korrigiert. Im Vorjahresvergleich legte die Wirtschaftsleistung kräftig zu: Das preisbereinigte BIP war im dritten Quartal 2011 um 2,5% höher als ein Jahr zuvor (kalenderbereinigt um 2,6%). Positive Impulse kamen im Vorquartalsvergleich in erster Linie aus dem Inland: Dabei trugen insbesondere die privaten Konsumausgaben zum Anstieg des BIP bei. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

## Wahlkreis-Terminvorschau (Auswahl)

---

02.12.2011

Weihnachtsfeier der Jungen Union, Wangen

03.12.2011

Vortrag und Diskussion im Technischen Gymnasium Leutkirch

05.12.2011

Gemeinsame Sitzung AG Ländlicher Raum AGLR Schwäbische Bauernschule Bad Waldsee

05.12.2011

Filmvorführung und –gespräch, DER FALL CHODORKOWSKI, cineclub Leutkirch

16.12.2011

Besuch der Rollisportgruppe, Ravensburg

22.12.2011

Vor-Ort-Termin zum Thema Bundesstraße 30, Streckenabschnitt Enzisreute

## Impressum

---



Dr. Andreas Schockenhoff

Mitglied des Deutschen Bundestages für den Wahlkreis Ravensburg

Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel. 030/ 227-73174

Fax 030/ 227-76955

Email: andreas.schockenhoff@bundestag.de

www.schockenhoff.de